
Migrationsforschung und Politik: Gemeinsame Verantwortung

RITA SÜSSMUTH

Prof. Dr. Rita Süßmuth, Präsidentin des Deutschen Bundestages a. D., E-Mail: Rita.Suessmuth@cdcsu.de

Zusammenfassung: Zuwanderung erfordert Sensibilität, Verantwortung, Realitätssinn und Gestaltungskraft von ZuwandererInnen, aber auch Einheimischen. Zuwanderungspolitik braucht politische Entscheidungsträger mit Führungskraft, Initiative und Konzepten. Unverzichtbar für die politischen Entscheider ist daher die wissenschaftliche Forschung auf den Gebieten der Migration und Integration. Theoretische und empirische Erkenntnisse stoßen dabei aber häufig auf massive Widerstände, wenn es um die Umsetzung in die praktische Politik geht. Ich zeige in meinem Essay das Spannungsverhältnis zwischen Politik und Wissenschaft auf und gehe ausführlich auf den mehrmaligen Paradigmenwechsel im Bereich der Zuwanderung und Integration ein. Letztlich erweist sich auch auf dem Feld der Zuwanderung, dass von der wissenschaftlichen Politikberatung oft entscheidende Impulse ausgehen, wenn der richtige Zeitpunkt gekommen ist.

- JEL Classification: J15, J18
- Keywords: Migrationsforschung, politische Beratung, Wissenschaft, Zuwanderungspolitik

Der Beitrag gibt die persönliche Meinung der Autorin wieder.

I Einleitung

Migration – Zuwanderung in Deutschland und Europa – ist ein schwieriges Thema. Es erfordert Sensibilität und Verantwortung, Realitätssinn und Gestaltungskraft. In jeder Zuwanderung stecken Belastungen und Bereicherungen, Hoffnungen und Ängste bei Zuwanderern und Einheimischen. Eingeladene, angeworbene Zuwanderer haben es in der Regel leichter als Flüchtlinge, die auf die Aufnahme- und Schutzbereitschaft des Aufnahmelandes angewiesen sind. Ihnen gemeinsam ist der Wechsel in ein anderes Land, sehr häufig in eine andere Kultur mit hohen und höchsten Anforderungen an Umorientierungen, Lern- und Integrationsleistungen. Viel hängt davon ab, welche Offenheit und Aufnahmefähigkeit Migranten erfahren, welche Einstellungen in Politik und Gesellschaft den Umgang mit „Fremden“ prägen. Zuwanderungspolitik braucht Führungspersönlichkeiten und Führungskraft (*leadership*), Personen mit Initiative, Konzepten, Problemlösungen, aber auch Identifikation mit der Aufgabe.

Bezogen auf die Wissenschaft beinhaltet das mehr als wissenschaftliches Interesse. Es sollte einhergehen mit öffentlicher Verantwortung.

Forschung auf den verschiedenen Gebieten der Migration und Integration ist unverzichtbar für die politischen Entscheider. Aber der aus der Forschung gewonnene Erkenntnis- und Wissenstand erreicht Politik und Gesellschaft oft gar nicht oder viel zu langsam.

Das Interesse ist vielfach begrenzt, die Zusammenarbeit gestaltet sich zu punktuell, lässt organisierte Formen vermissen. Die Wissenschaft meint, es genüge, das Erforschte in Publikationen verfügbar zu machen. Und auf der anderen Seite gehört auch zur Wahrheit, dass Politik je nach Interessenlage das als richtig Erkannte nicht umsetzt, zum Beispiel, weil Wahlen anstehen oder die Zustimmung der Bevölkerung fehlt.

Reflexionen über Politik und das Politische sowie theoretische und empirische Erkenntnisse stoßen sehr häufig auf massive Widerstände, wenn es um die Umsetzung von Erkenntnis in praktische Politik geht. Die beharrenden Kräfte sind stärker als die auf Veränderungen drängenden. Das gilt beispielsweise für den Umgang der Politik mit gesellschaftlichen Veränderungen in den Lebensstilen, mit dem demographischen Wandel und Einwanderung, aber ebenso mit dem naturwissenschaftlichen und technologischen Wandel und nicht zuletzt mit den Globalisierungsprozessen. Politik braucht Wissenschaft bei der Analyse wie auch bei den Entscheidungen. Es gilt diese Zusammenarbeit so zu organisieren, dass der Sachverstand der Experten eingebracht, produktiv aufgenommen und im politischen Entscheidungsprozess beachtet wird.

2 Das ambivalente Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik

Wer sich auf wissenschaftliche Politikberatung einlässt, muss sich des Spannungsverhältnisses zwischen beiden Bereichen bewusst sein (Süssmuth 2011). Die der Erkenntnis und dem wissenschaftlichen Erkenntnisstand verpflichtete Wissenschaft versteht sich nicht primär als Dienstleister gegenüber einer Politik, die ihrerseits die Ausrichtung oder weitestgehend die Ergebnisse der wissenschaftlichen Expertise vorgibt. Das gilt für die großen Fragen wie Klimawandel, demographischer Wandel, Energieressourcen und -versorgung, Ursachen und Folgen weltweiter Migration wie auch Fragen der Bildung, Gesundheit sowie wirtschaftliche, soziale und zivilisatorische Entwicklung.

torische Entwicklung. Unterschiedliche Sichtweisen und Positionen finden sich sowohl in der Wissenschaft als auch in der Politik. Das Spannungsverhältnis besteht nicht eindimensional in der Umsetzung von Erkenntnis in politisches Handeln. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind die unterschiedlichen, oft gegensätzlichen Theorien und empirischen Befunde in den Wissenschaften. Interwissenschaftliche Kontroversen, der Streit in der Wissenschaft, Dissens und Konsens sind in der wissenschaftlichen Politikberatung offen zu legen und argumentativ zu begründen. Denn in all den Fällen, in denen kein Konsens gegeben ist, hat die Politik abzuwägen und zu entscheiden. Wissenschaft hat bei aller Forschungsfreiheit eine Verpflichtung zur Information, zur Aufklärung, zur Erkenntnis kritischen Funktion und nicht zur einseitig affirmativen.

Auch wenn die Politik in ihren Entscheidungen nicht nur dem Sachverstand und dem Sachstand verpflichtet ist, sondern Kriterien wie Akzeptanz in der Bevölkerung und praktische Umsetzung berücksichtigen muss, so erfordert eine demokratische und transparente Politik eine fachliche Begründung, eine politische Legitimation. Die Entscheidungen müssen für die Bürger und Bürgerinnen nachvollziehbar und möglichst frei von Widersprüchen sein. Das schließt in der Praxis nicht aus, dass die Politik kontroverse Positionen in der Wissenschaft dazu verwendet, im Parteien- und Fraktionenstreit Wissenschaft je nach politischem Standpunkt für die eigene Position zu benutzen und auszuspielen.

Umgekehrt ist die Wissenschaft in Gefahr im Rahmen von Auftragsgutachten den Erwartungen des Auftraggebers zu entsprechen. Die Wissenschaftsseite äußert sich nicht selten, nach negativen Erfahrungen in wissenschaftlicher Politikberatung, skeptisch bis abweisend zu dieser Tätigkeit. Aufwand und Ertrag ständen in keinem Verhältnis zueinander. Die Empfehlungen würden gar nicht oder nur bedingt umgesetzt. Das Opportunitätsprinzip sei wichtiger als die ernsthafte Auseinandersetzung mit der wissenschaftlichen Expertise. Die parteipolitisch vorgegebenen Positionen seien nur schwer aufzubrechen. Die Realitätsverdrängung sei mächtiger als die Bereitschaft zur Realitätserkenntnis. Das resümierende Fazit lautet entsprechend: Wissenschaftliche Politikberatung sei Zeitvergeudung, habe Alibcharakter und habe äußerst geringen Einfluss auf politische Richtungsentscheidungen und Gesetzesentscheidungen.

Als 2000 die Regierungskommission zur Zuwanderung und Integration eingesetzt wurde, wurden parallel auf der Ebene der Parteien oder der Länder Kommissionen eingerichtet oder Gutachten vergeben, die die jeweils „eigene“ Position zur Geltung bringen sollten. Der Dissens zwischen den Parteien in Fragen Migration und Integration sollte durch unterschiedliche Expertengremien fortgesetzt werden. Es ging damals nicht um eine parteiübergreifende Lösung der Einwanderung und Integration, sondern um Abgrenzung und konfrontative Debatten; über mehrere Jahre stand nicht die Annäherung in den Positionen um tragfähige Kompromisse und um Lösungsansätze für Migranten und Einheimische im Vordergrund.

Die wissenschaftliche Politikberatung, die Arbeit von Experten- wie Enquêtekommissionen hat seit den 70er Jahren aber auch gezeigt, dass fruchtbare Zusammenarbeit möglich ist und zu wegweisenden Zukunftserkenntnissen und -entscheidungen führt und führen kann. Das gilt trotz langjährigen Streits auch für die Ergebnisse der unabhängigen Kommission Zuwanderung.

Zu den Schwächen unserer Demokratie gehören die Kurzfristigkeit und Kurzatmigkeit politischen Denkens und Handelns sowie *political correctness*, politische Tabus, die die Wahrheit über die Wirklichkeit für überfordernd, nicht opportun und zumutbar halten. Verweigern sich Politik

und Gesellschaft den Realitäten, so hat das in der Regel weitreichende Folgen, weil nicht gehandelt wird, wo gehandelt werden müsste. Das gilt für viele Bereiche der überfälligen Reformen, zum Beispiel für Bildung, soziale Sicherung oder Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Aber es trifft ebenso auf die Zuwanderung zu. Deutschland ist seit Jahrzehnten ein Zuwanderungsland. Viele leben seit Jahrzehnten hier, sind faktisch Eingewanderte. Aber die Antwort der Politik lautete lange Zeit: „Wir sind kein Einwanderungsland, wir sind ein ‚Rotationsland‘, Menschen, die zu uns kommen, bleiben nur kurze Zeit und kehren in ihre Heimatländer zurück.“ Die Realität wurde verdrängt oder geleugnet. Die Politik kommt ihrer Gestaltungsaufgabe gesetzgeberisch nicht entsprechend nach. Das hat gravierende Auswirkungen auf die Steuerung der Zuwanderung und die Integration der Zugewanderten.

Das hat auch Konsequenzen für das Verhältnis zwischen Forschern sowie Politikerinnen und Politikern. Die Mehrheit der in der Forschung Tätigen denkt: „Wir werden ja doch nicht ernsthaft von den politisch Verantwortlichen gehört. Und in die Medien kommen wir nur schwer hinein. Unser Einfluss auf die öffentliche Aufklärung ist sehr begrenzt.“ Ich bestreite negative Erfahrungen auf diesem Feld nicht. Es ist auch mir in Wissenschaftlichen Beiräten im Rahmen der Politikberatung in den 70er und 80er Jahren widerfahren. Nicht jedes Gutachten findet Zustimmung und Umsetzung zu dem Zeitpunkt, zu dem es die Experten vorlegen. Manche Umsetzung braucht Jahre. So habe ich es in der Frauen- und Familienpolitik, aber auch in der Wohnungsförderung erlebt.

Trotzdem bleibe ich dabei, dass es gerade auf dem von der Politik vernachlässigten Feld der Migration und Integration der interdisziplinären Forschung und der effizienteren Politikberatung bedarf.

Alle Vorstöße einzelner Politiker und Wissenschaftler, ob es der frühere Bundespräsident Richard von Weizsäcker Mitte der 80er Jahre, die engagierte Expertengruppe im „Das Manifest der 60“ (1994) oder auch ich (1994) mit der These „Wir sind ein Einwanderungsland und müssen diesen Tatbestand politisch gestalten und gesetzlich regeln!“ waren: Solche Positionen wurden als Provokation und Überforderung der Bürgerinnen und Bürger zurückgewiesen.

Gewiss wurde in all den Jahren die Zuwanderung zu steuern und zu begrenzen versucht, vor allem zu Beginn der 90er Jahre, als die Zahl der Asylsuchenden und Bürgerkriegsflüchtlinge sprunghaft anstieg. Aber da Deutschland sich offiziell nicht als Zuwanderungsland begriff, sondern als „Rotationsland“, das heißt, Zuwanderer kommen und verlassen das Land alsbald wieder, blieb eine konsequente Zuwanderungs- und Integrationspolitik aus.

Bereits 1994 haben sich 60 Professoren und Professorinnen mit einem Manifest an die Öffentlichkeit, an die Politik gewandt. Sie haben sich öffentlich engagiert, um Notwendigkeit und Dringlichkeit eines Zuwanderungsgesetzes mit Argumenten deutlich zu machen. Ihr Engagement fand in der 13. Wahlperiode von 1994-1998 keine Resonanz. Es wurde stattdessen weiter erklärt, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei und ein Zuwanderungsgesetz die humanitären Verpflichtungen gegenüber Flüchtlingen und Asylsuchenden weder reduziere noch löse. Mir selbst ist es in der innerparteilichen Debatte nicht anders ergangen, als ich mich in einer Publikation 1994 für ein Einwanderungsgesetz aussprach (Diekmann 1994).

In den Koalitionsvereinbarungen der rot-grünen Regierung 1998 fand sich eine Vereinbarung zu einem Einwanderungs- und Zuwanderungsgesetz in dieser Wahlperiode. Aber zur öffentlichen

Debatte darüber kam es erst im Frühjahr 2000 in Verbindung mit der Forderung der Wirtschaft nach Anwerbung von IT-Spezialisten.

3 Der kurze Paradigmenwechsel in Deutschland: Von der Öffnung zurück zur Abwehr

Der öffentliche Aufruf der 60 Professoren hat in der Folgezeit mehr und mehr Beachtung gefunden. Die Politik wie die Medien gaben ihnen ein Forum, und sie haben es genutzt, um die Öffentlichkeit über Zuwanderung und Integration in der Geschichte und vor allem in den letzten 50 Jahren aufzuklären. Umso beachtlicher und Aufsehen erregender war die grundlegende Umoorientierung seit dem Frühjahr 2000. Auslöser für diese Trendwende war die Klage der Wirtschaft über fehlende Arbeitskräfte im Bereich hochqualifizierter IT-Kräfte, die der auch elf Jahre später ähnelt. Im Frühsommer 2000 kündigte sich eine Umoorientierung in der Zuwanderungspolitik an. Deutschland braucht Zuwanderer, denn trotz nach wie vor hoher Arbeitslosigkeit fehlen Arbeitskräfte in verschiedenen Berufsbranchen. Eine gravierende Lücke bestand in den Informationstechnologien, aber auch in anderen Berufsbranchen, es fehlten Elektroniker, Maschinenbauer, Ingenieure, aber ebenso Pflegekräfte und Arbeitskräfte in der Gastronomie.

Vieles ist seitdem in der Bundesrepublik in Bewegung geraten. Unbestritten ist inzwischen, dass Deutschland faktisch ein Einwanderungsland ist und eine entsprechende Gesetzgebung zur Gestaltung der Zuwanderung und Integration erforderlich ist. Das Wort vom „Paradigmenwechsel“ machte die Runde, war immer häufiger zu hören und zu lesen. Es setzte eine breite öffentliche Diskussion ein. In Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen, Verbänden, Vereinen und Flüchtlingsorganisationen, Interessensbewegungen der Zuwanderer wurden Vorschläge zu den Inhalten einer umfassenden gesetzlichen Neuregelung erarbeitet.

Dazu gehört auch die Einsetzung der regierungsunabhängigen Kommission durch Bundesinnenminister Otto Schily im September 2000 und die Vorlage des Berichts am 4. Juli 2001. Unsere Aufgabe war es, ein ganzheitliches Konzept zur Arbeitsmarkt und demographisch bedingten Zuwanderung, zu notwendigen Neuregelungen im Bereich der humanitären Verpflichtungen, zur Integration und zur besseren Organisation der Zuständigkeiten und Verwaltung vorzulegen. Unser Bericht trägt den Titel: „Zuwanderung gestalten – Integration fördern“.

Unser Ziel war es, nicht nur auf kurzfristige, sondern gerade auch auf die mittel- und längerfristigen Anforderungen und Entwicklungen Antworten oder zumindest teilweise Antworten zu geben. Dazu waren wir auf Expertenwissen und verfügbare Forschungsergebnisse angewiesen. Wir haben eine Reihe von Gutachten in Auftrag gegeben und Anhörungen mit Experten aus dem In- und Ausland durchgeführt. Zu den wichtigen Anhörungen zählten die von in der Praxis tätigen Personen, Deutschen wie Nichtdeutschen, unmittelbar und mittelbar Betroffenen.

Wir verfolgten einen ganzheitlichen Ansatz, bei dem Zuwanderung und Integration eine Einheit bilden, aber auch Öffnung und Begrenzung, Rechte und Pflichten. Wir fragten nach dem Verhältnis von Bereicherung und Belastung, nach Möglichkeiten, Abwehr zu verringern und Akzeptanz zu erhöhen, nach guten Integrationskonzepten und den dazu erforderlichen Maßnahmen. Wir entwickelten Vorschläge zur Durchlässigkeit unseres Systems, das heißt Zuwanderung

sollte nicht nur von außen, sondern auch für die bei uns seit vielen Jahren lebenden Flüchtlinge möglich sein (Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ 2001).

Engagiert gestritten und um Lösungen gerungen wurde bei den nichtstaatlichen und geschlechtspezifisch Verfolgten, bei den unbegleiteten Minderjährigen, bei den Möglichkeiten des Schulbesuchs von Kindern irregulärer Zuwanderer und beim Schutz vor Strafverfolgung für jene, die bei schwierigsten existenziellen Alltagsproblemen von Illegalen humanitäre Hilfe leisteten.

Wir haben Empfehlungen erarbeitet, wie der Dschungel von unterschiedlichen Aufenthaltsregelungen, von Intransparenz und Unverständlichkeit im Ausländerrecht abgebaut werden können und ein durchschaubareres, das heißt in den Kriterien und Verfahren nachvollziehbareres Gesetz aussehen kann. Es galt, vorher getrennte Bereiche zusammenzuführen, wie zum Beispiel Zuwanderung und Integration. Es galt das widersprüchliche Nebeneinander von Anwerbestopp, Anwerbestopp-Ausnahmeregelung mit mehr als 300000 befristeten Arbeitskräften vom Ausland, erweitert um Greencard-Spezialisten, in ein zukunftsbezogenes Zuwanderungskonzept umzugestalten.

Die Resonanz auf unsere Empfehlungen in Deutschland und im Ausland war ermutigend und ließ auf eine entsprechende Gesetzgebung hoffen. Ermutigend war auch die Bereitschaft zur Neuausrichtung in den verschiedenen gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen, wie auch in Teilen der politischen Parteien. Aber dieser Gleichklang war von sehr kurzer Dauer. Vom durchschlagenden Paradigmenwechsel kann nicht mehr die Rede sein.

Mit der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage, den sprunghaft angestiegenen Insolvenzen, den steigenden Arbeitslosenzahlen und den bevorstehenden Bundestags- und Landtagswahlen schlug das Klima um. Der Konsens nahm ab, der Dissens zu. Er beherrschte die parlamentarisch politische Debatte zwischen Regierungskoalition und CDU/CSU.

Zukunftsbezogene Konzepte weichen kurzfristigen Antworten. Demographische Tatbestände wurden in Verbindung mit Zuwanderung zum Tabu erklärt, auch eine begrenzte Zuwanderung zur Reduktion der demographisch bedingten Arbeitskräftezuwanderung wird strikt zurückgewiesen.

Anwerbung von Arbeitskräften für offene Stellen, die über mehrere Monate, länger als ein Jahr nicht besetzbare sind, traf ebenfalls auf ein unüberwindliches Nein. Einigen konnte man sich allenfalls auf eine kleine Zahl von Spitzenkräften in Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Sport.

Keine Zuwanderung, bevor die Arbeitslosigkeit nicht abgebaut ist. Der Gedanke, den auch unsere Kommissionsempfehlungen bestimmt hatte, nämlich gleichzeitig äußerste Anstrengungen zum Abbau der Arbeitslosigkeit und begrenzte Öffnung des Arbeitsmarktes für Zuwanderung, wo kurzfristig keine Besetzung der offenen Stellen erfolgen konnte, um Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen, stieß auf heftige Ablehnung. Die Forderung lautete auf Beibehaltung des 1973 verfügbaren Anwerbestopps.

Gleichzeitig forderten CDU- und CSU-geführte Landesregierungen Ausnahmeregelungen für Haushaltshilfen in Haushalten mit pflegebedürftigen Familienangehörigen. Warum wurden Haushaltshilfen nicht unter den Arbeitslosen in Deutschland gesucht? Warum sollte gerade in diesem Bereich der Anwerbestopp aufgehoben werden? Die alten Widersprüche sind die neuen.

Das ist alles andere als glaubwürdig. Gerade diese Kräfte waren im Land verfügbar, vielleicht nicht willens, diese Tätigkeit auszuüben. Gerade hier lag eine prioritäre Aufgabe zur Integration der 1,7 Millionen gering qualifizierten Arbeitslosen in Deutschland. Wir haben als Kommission empfohlen, nicht noch einmal wie in der Zeit von 1956 bis 1973 Ungelernte ins Land zu holen, weil wir selbst eine viel zu hohe Zahl ungelernter Arbeitsloser im eigenen Land haben, die wir nachqualifizieren und integrieren müssen. Daher sollte sich die befristete arbeitsmarktbedingte Zuwanderung auf ausgebildete Fachkräfte beschränken. Wer hier Notwendigkeiten bestreitet, hat die Frage zu beantworten, wie die Probleme im Bereich der fehlenden Fachkräfte in verschiedenen Berufsbranchen kurzfristig gelöst werden sollen.

Zukunftsbezogene Gestaltung, Erprobung geeigneter Auswahlkriterien für längerfristige und dauerhafte Zuwanderung blieben auf der Strecke. Das galt auch für die Erprobung des kanadischen Punktesystems für eine äußerst begrenzte Zuwanderungsgruppe ohne einen vorgegebenen Arbeitsplatz, aber mit hoher und breiter Qualifikation.

Mit der Einführung der Greencard im Jahr 2000 und der Diskussion um notwendige Zuwanderung von IT-Arbeitskräften wurde öffentlich unterschieden zwischen Menschen, die uns nützen und Menschen, die uns belasten beziehungsweise nicht nützen. Die Sprache verrät das Denken. Und es geht weiter mit der Forderung, mehr Zuwanderer ins Land zu holen, die nur nützen und die wir brauchen; dafür aber weniger Flüchtlinge im Land zuzulassen. Auf diese Weise werden Asylsuchende und Flüchtlinge in unzulässiger Weise gegeneinander ausgespielt.

Bedenken wir, dass wir dem humanitären Schutz verpflichtet sind. Jeder von uns könnte in eine ähnliche Notsituation geraten. Bedenken wir, in wie vielen Bereichen wir ohne die Arbeit von Flüchtlingen unseren Bedarf gar nicht abdecken könnten: in der Pflege, in der Gastronomie, im Reinigungsbereich, im Handwerk und so weiter. Sie helfen uns, wir helfen ihnen. Außerdem erweitern und erneuern sich Gesellschaften durch Austausch mit Angehörigen anderer Kulturen und Nationen

Zurück zur Politik und Wissenschaft. Es ist auch ein wechselseitiger Lernprozess. Man kann nicht nur sagen: Die Politik lernt von der Wissenschaft. Viele Fragestellungen nimmt sie auch aus der Politik auf. Bei der Migration, auch noch nach der Veränderung im Jahr 2005, vor allem in den Punkten Integration und Teilhabe. Wir haben noch einen langen Weg vor uns und haben das Ruder noch keineswegs herumgerissen in der Frage „demographischer Wandel“. Wenn Sie nach Osteuropa gucken, haben wir im nächsten Jahr schon eine Halbierung der Schülerzahlen, sodass wir uns fragen müssen: Wie viel Zuwanderung ist unbedingt notwendig, damit wir unsere Aufgaben noch erfüllen können?

Je höher die Anforderungen an Einstellungs- und Verhaltensänderungen, desto geringer ist die Bereitschaft der politischen Entscheider zu Maßnahmen, die in der Bevölkerung auf Kritik und Ablehnung stoßen und zu Ängsten und Abwehr führen. Es fehlt an Mut zu einer offenen und ehrlichen Auseinandersetzung mit den Bürgerinnen und Bürgern. Wie häufig lautet der Einwand, dass die Wahrheit nicht zumutbar sei, dass die Wählerinnen und Wähler nicht überfordert werden dürfen und könnten? Und auf Seiten der Entscheider herrscht die Angst vor, dass Wahrheit und Klarheit zur Abwahl, zum Verlust der Macht führe.

Angesichts der Tatsache, dass Veränderung und Wandel sich in der globalisierten Welt immens beschleunigt haben, ist auch an die parlamentarischen Entscheidungsprozesse die doppelte An-

forderung zu stellen, stärker vorausschauende und schnellere Entscheidungen zu treffen. Es kann nicht sein, dass Entscheidungen vertagt oder tabuisiert werden, weil es an Konsens oder an Mut fehlt.

Ziel muss sein, eine Balance anzustreben zwischen vorbeugender und vorausplanender Politik im Verhältnis zur reaktiven Politik, die jeweils handelt, wenn es die Verhältnisse beziehungsweise die Umstände zwingend erfordern. Das sind Situationen, in denen bestimmte Reaktionsmuster ohne Alternativen sind, in denen die Handlungsspielräume in alternativlose Handlungszwänge einmünden.

4 Fazit

Abschließen möchte ich damit, dass in der wissenschaftlichen Politikberatung neue Impulse gesetzt werden und daraus Veränderung erwächst, wenn der richtige Zeitpunkt erreicht ist. In der guten Politikberatung gelten eine Reihe von Prinzipien wie Distanz, Transparenz, Offenheit, Unabhängigkeit. Ein ganz schwieriges möchte ich Ihnen zusätzlich nennen: Es gibt, wie Bismarck sagte, immer die Momente, in denen Sie den Zipfel der Geschichte zu fassen kriegen, das „open window“, von dem man nie weiß, wie lange es geöffnet bleibt. Das Timing ist ganz wichtig. Ich hatte immer das Gefühl: Es ist zu früh, dass du eine bestimmte Forderung aufstellst. Aber es kann auch zu spät sein, wenn man so lange wartet, bis das Fenster wieder geschlossen ist. Wenn ich heute erlebe, wie nach 2005, die Arbeit dieser Kommission plötzlich positiv gewertet wird, da sehe ich, welche Wirkungen das Zusammenspiel von Wissenschaft und Politik haben kann. In unserem Parteiprogramm könnte man heute den Eindruck gewinnen: Wir haben immer schon so gedacht! Oft wird gesagt die Wissenschaft richtet nichts aus – sie richtet eine Menge aus, und ohne sie wäre ich in der Politik gescheitert. Bei allen Schlägen, die ich hinnehmen musste, kann ich aber eins sagen: Gescheitert bin ich nicht!

Literaturverzeichnis

- Süssmuth, Rita (2011): Politische Akzeptanz, Verunglimpfung und Notwendigkeit wissenschaftlicher Politikberatung am Beispiel der Migration und Integration. In: Margret Kraul und Peter-Tobias Stoll (Hrsg.): *Wissenschaftliche Politikberatung*. Göttingen, Wallstein.
- Diekmann, Kai (1994): *Rita Süssmuth im Gespräch*. Bergisch Gladbach.
- Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ (2001): *Zuwanderung gestalten – Integration fördern*. Berlin, Zeitbild Verlag.